

DIE LINKE
Fraktion im Kreistag
Marburg-Biedenkopf
Pressemitteilung

Marburg, den 23. Mai 2009

Rückfragen an Hajo Zeller

Hajo Zeller
Vorstand
Frankfurter Straße 15
35037 Marburg
Tel.: 0642 1-163873
Fax: 0642 1-175618
www.die-linke-marburg.de
hajo.zeller@die-linke-marburg.de

Transparenz bei Ein-Euro-Jobs

Ein-Euro-Jobs sind heftig umstritten. Die Befürworter und Verteidiger der Hartz IV-Gesetze, aber auch manche Vertreter von Beschäftigungsgesellschaften jubeln die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung - so heißen die Ein-Euro-Jobs im Amtsdeutsch - zu einer Erfolgsgeschichte hoch. DIE LINKE lehnt Hartz IV ab. Ein-Euro-Jobs sind kein geeignetes Mittel Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ein-Euro-Jobs können unter bestimmten Voraussetzungen durchaus sinnvoll sein. Unabdingbar ist die Freiwilligkeit einer Arbeitsgelegenheit. Arbeitsgelegenheiten als Disziplinierungsmittel lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Mehr...

Um ein Mindestmaß an Transparenz bei den Arbeitsgelegenheiten herzustellen, fordert die Fraktion DIE LINKE im Kreistag vom Kreisausschuss, dass er halbjährlich eine aktuelle Übersicht der vom Kreisjobcenter (KJC) eingerichteten Arbeitsgelegenheiten vorlegen soll. Wesentliche Bestandteile der Übersicht sollen die Träger, die Projektbeschreibung, das Qualifizierungspotential und die Anzahl der Arbeitsgelegenheiten sein.

DIE LINKE leitet diese Forderungen aus der Aufgabenbeschreibung des Kreistages in der Hessischen Landkreisordnung (HKO) ab. Anna Hofmann, die Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Kreistag, sagt: „Der Kreistag hat die Aufgabe die gesamte Verwaltung und die Geschäftsführung des Kreisausschusses zu überwachen. Das Kreisjobcenter gehört dazu.“ Weiter verweist Anna Hofmann auf einen Beschluss des Kreistages aus dem Jahre 2004. Damals seien Qualitätsmerkmale für die Arbeitsgelegenheiten vereinbart worden. Offensichtlich würden diese Qualitätskriterien oftmals nicht eingehalten. So müsse sichergestellt sein, dass durch Arbeitsgelegenheiten keine bezahlten Arbeitsplätze verdrängt würden. Es könne sich nur um Arbeiten handeln, die zusätzlich seien.

Hajo Zeller, Kreisbeigeordneter der LINKEN, ergänzt: „Hier stimmt etwas nicht. Bürgermeister Kahle hat im Stadtparlament vorgetragen, dass Bauarbeiten von Ein-Euro-Jobbern an der Astrid-Lindgren-Schule eben nicht zusätzlich waren. Das ist eindeutig gesetzeswidrig. Deshalb ist es dringend notwendig, dass der Kreistag über die Einzelheiten bei der Genehmigung von Ein-Euro-Jobs unterrichtet wird. Und dass er gegebenenfalls lenkend einschreitet.“